

Den Druck auf die Politik erhöhen

Tanja Schwarz und Petra Negendank weiter im Vorstand der Bürgerinitiative Etz langts

ANSBACH (red) – Kontinuität in der Besetzung zeigte sich bei den Neuwahlen des Vorstands der Bürgerinitiative Etz langts. Neu in das Gremium kamen Doris Carl-Gramm und Wilhelm Pfänder. Außerdem wurde bei der Mitgliederversammlung die Abriegelung der Armeesiedlung Urlas mit Stacheldraht kritisiert.

Die Mitgliederversammlung der Initiative hat ihren Vorsitzenden Pfarrer im Ruhestand Hansjörg Meyer aus Rügland wiedergewählt. Ebenfalls im Amt bestätigt wurden seine Stellvertreter Tanja Schwarz aus Ickelheim und Dieter Hiemer aus Obereichenbach. Auch die Weihenzerlerin Gabi Scharfenberg wurde als Schriftführerin bestätigt, genauso Kassier Walter Gronauer aus Hennenbach. Pressesprecher bleibt der

Ansbacher Boris-André Meyer. Als Beisitzer fungieren Petra Negendank aus Bad Windsheim, der Kreisvorsitzende des Bundes Naturschutz Bernd Horbaschek aus Neusitz, Erna Hertwig, Hermann Enders und Jürgen Wangler (alle Ansbach). Neu in den Vorstand gewählt wurden Doris Carl-Gramm aus Burgoberbach und Wilhelm Pfänder aus Sachsen bei Ansbach. Revisoren sind der Obereichenbacher Norbert Müller und der Burgoberbacher Peter Gramm.

Empörung unter den Mitgliedern herrschte über die jüngst bekannt gewordene massive Verschwendung deutscher Steuergelder bei Baumaßnahmen der US-Armee. Außerdem richtete sich die Kritik gegen die begonnene Abriegelung der US-Militärsiedlung am Ansbacher Urlas. Dazu werden, trotz einstimmigen Stadt-

ratsbeschlusses dagegen, kilometerlange Stacheldrahtverhaue errichtet. Diese Maßnahme zeuge von „Ignoranz gegenüber der Stadt Ansbach“ und sei „ein weiterer Schritt in Richtung Isolation und Parallelgesellschaft“, kritisierte Meyer.

Der gemeinnützige Verein mit 230 Mitgliedern will in den Landkreisen Ansbach und Neustadt-Bad Windsheim die Interessen der von den Auswirkungen der amerikanischen Militärpräsenz in der Region negativ betroffenen Bevölkerung konsequent gegenüber der Politik vertreten. Im Wahljahr 2013 soll der Druck auf die politisch Verantwortlichen weiter erhöht werden. „Unser Ziel bleibt eine Abzugsperspektive der US-Helikopter und die zivile Umnutzung der Militäranlagen“, betonte der Vorsitzende Hansjörg Meyer.